

Im Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens**

Band (Jahr): **79 (2006)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Söldner in Zahlen

Die Gründung des Bundesstaats 1848 war das Ende des Söldner­tums, steht im Geschichtsbuch. Das stimmt nicht ganz. Im November findet in Genf eine internationale Konferenz über das Söldnerwesen statt. Immer mehr Privatfirmen mit ihren Söldnern tauchen auf den Schlachtfeldern rund um den Globus auf.

-r. Zwischen dem 14. und 19. Jahrhundert waren zwei Millionen Schweizer als Söldner für andere Länder im Einsatz.

Drei- bis zehnmal verdient ein Söldner mehr als ein Soldat. Im Irak kommt ein Söldner so schon mal auf einen Tagesverdienst von umgerechnet 1250 Franken.

15 Franken kann ein junger Mann pro Tag in Afghanistan verdienen, wenn er sich als Söldner in die Dienste der fundamentalistischen Taliban stellt.

45 Jahre ist es her, seit vom US-Geheimdienst CIA rekrutierte Söldner in Kuba einzumarschieren versuchten – und kläglich in der Schweinebucht scheiterten.

110 Mann umfasst das Kontingent der Schweizergarde in Rom. Seit 1859 ist sie die einzige nach Schweizer Recht legale Söldnertruppe.

Weltweit 2000 private und militärische Sicherheitsfirmen machen 200 Milliarden Euro Umsatz und können auf 1,5 Millionen Mitarbeiter zurückgreifen. Daneben bieten rund 1,5 Millionen Söldner ihre blutigen Dienste an.

3000 (undurchsichtige) Verträge hat die US-Regierung von 1994 bis 2004 im Rahmen der Auslagerung von Militärdiensten im Auslandseinsatz unterzeichnet.

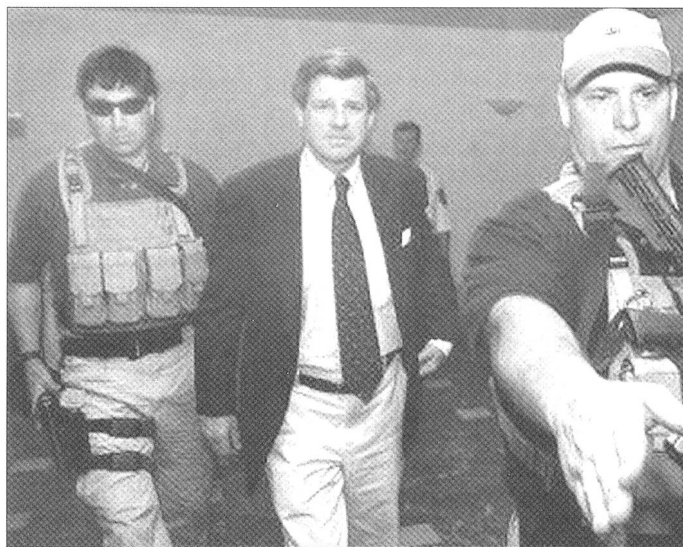
Die meisten Firmen haben ihren Sitz in den USA, die US-Regierung gehört inzwischen zu den grössten Auftraggebern: Nach Schätzungen stehen im Irak an der Seite der US-Truppen rund **30 000 Mann** privater Sicherheitsfirmen.

60 000 Schweizer haben seit 1831 für die französische Fremdenlegion gekämpft – obwohl seit Mitte des 19. Jahrhunderts der Eintritt in fremde Militärdienste strafbar ist.

Das Geschäft floriert auch in der Schweiz, wie der veröffentlichte «Bericht des Bundesrats zu den privaten Sicherheits- und Militärfirmen» zeigt. Es gebe immer mehr davon, die Dunkelziffer sei gross. Jedoch, die Mehrheit der Kantone weiss nichts von solchen Firmen. Nur die Tessiner und die Baselbieter Behörden meldeten dem Justizdepartement drei bzw. ein Unternehmen.

Quellen: www.swissinfo.org, www.admin.ch, «NZZ am Sonntag», «Le Monde diplomatique», «Migros-Magazin», «Tages-Anzeiger», «Aargauer Zeitung», «Bote der Urschweiz».

Private Sicherheits- und Militärfirmen



Paul Bremer war während seiner Zeit als US-Verwalter des Irak stets umgeben von Angestellten privater Sicherheitsdienste.

«Das Gewaltmonopol ist eines der Kernelemente des modernen Staates. Obwohl sie nicht a priori ausgeschlossen werden kann, tangiert eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben die Grundlagen oder doch wenigstens die Legitimation des Staates.»

Bericht des Bundesrates zu den privaten Sicherheits- und Militärfirmen vom 2. Dezember 2005.

VON OBERST ROLAND HAUDENSCHILD

Geschichte

Solange es Staaten gibt, haben deren Herrscher das Monopol der Gewalt, die Staatsgewalt, für sich in Anspruch genommen. Die Streitkräfte sind ein wesentlicher Teil (dazu zählt auch die Polizei) der legitimen Staatsgewalt. Neben den National- oder Landesarmeen, die vom Staat aufgestellt sind, gibt es aber in den Landstreitkräften auch weitere Truppenteile wie zum Beispiel die Söldner.

Private Militärunternehmer stellen dem Staat für bestimmte Aufgaben Söldnerheere zur Verfügung, wobei der einzelne Söldner vertraglich an seinen Söldnerführer gebunden ist.

Söldner treten bereits in Ägypten, Griechenland, Karthago und Rom in Erscheinung, ebenso in den italienischen Stadtstaaten des Mittelalters und der Alten Eidgenossenschaft. Söldner werden für eine bestimmte Zeitdauer, einen bestimmten Feldzug verpflichtet und dienen der temporären Bestandesehöhung von regulären staatlichen Streitkräften.

Von besonderem Interesse ist die unstaatliche Kriegerie (vgl. Walter Schaufelberger, *Der Alte Schweizer und sein Krieg*, unveränderte Neuausgabe, Zürich 1966) in der Alten Eidgenossenschaft.

In militärischen Angelegenheiten sind die einzelnen Orte (Kantone) souverän, sie können selbständig Krieg erklären, Truppen aufbieten und Frieden schliessen. Doch das einzelörtliche Gewaltmonopol gerät oft in Widerspruch mit den privaten Interessen einzelner Eidgenossen. Neben den staatlichen Kriegen, durch die Tagsatzung oder einzelne Orte beschlossen, gibt es eben auch die unstaatlichen Kriegszüge. In den eidgenössischen Haufen finden sich Individuen, die auf eigene Kosten ins Feld ziehen, sei es aus politischem Opportunismus oder Beutegier.

Die kantonale Obrigkeit erlässt Kriegsgesetze und Ratsbeschlüsse, die

Le rapport du Conseil fédéral du 2 décembre 2005 concernant les entreprises privées dans le secteur de la sécurité et des affaires militaires démontre le développement de la privatisation dans le domaine de la sécurité. Il y a des limites en ce qui concerne la privatisation de la force de l'état, même si la tendance de transférer des tâches des forces armées sur des privés augmente.

zum Teil nicht respektiert werden. Gegen räuberische Zusätze, blossen Mitläufer oder eigentliche Freischärler, das heisst die Kriegslust der Untertanen, sind die Herren machtlos. Es kommt sogar vor, dass eidgenössische Kriegsunternehmen von Knechten angefangen werden, anschliessend die Räte unter dem Druck der Umstände nicht abgeneigt sind, einen tumultuösen Freischarenzug zur eigenen Sache zu machen. Im Extremfall jagt die Regierung mit einem staatlichen Heer den Freibeutern nach, wenn sich diese in die Nessel gesetzt haben.

Im 17. und 18. Jahrhundert gibt es in der Eidgenossenschaft eigentliche schweizerische Militärunternehmer. Für sie ist das Kriegshandwerk ein finanzielles Geschäft. Als Unternehmer fungieren Obersten für ihr Regiment und Hauptleute für ihre Kompanie. Die Regimentsinhaber schliessen Werkverträge (Kapitulationen) direkt mit einem ausländischen Herrscher ab, ohne die Hilfe einer einzelörtlichen Landesregierung in Anspruch zu nehmen.

Durch die Vereinheitlichung der Armeen in Europa und die gesamt-europäische Einführung stehender Heere zerfällt am Ende des 18. Jahrhunderts das selbständige Militärunternehmertum.

Aktualität

Private Militärfirmen sind nichts

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 4

Neues, verlieren aber mit der Entstehung von Massenheeren (allgemeine Wehrpflicht) ab Beginn des 19. Jahrhunderts an Bedeutung. Zivilpersonen finden sich noch im Heerestross (Marketender), wo sie gewisse Funktionen der Versorgung ausüben. Von eigentlichen Militärunternehmern kann nicht mehr gesprochen werden.

Die Situation ändert sich erst mit dem Ende des Kalten Krieges ab 1989/1991 grundlegend; wesentliche Phänomene sind:

- Verkleinerung der Streitkräfte, Abbau von Beständen beim militärischen (und zivilen) Personal, welches für andere Zwecke verfügbar wird
- Finanzielle Restriktionen bei den Staatsaufgaben, insbesondere Einsparungen bei den Militärbudgets
- Verwischen von klaren Grenzen zwischen Krieg und Frieden führt zu fließenden Übergängen (Grauzonen) in Konfliktsituationen
- Privatisierung bzw. Auslagerung staatlicher Aufgaben auch im Militärbereich (Privatisierung des Krieges)
- Aufweichung bzw. Durchlöcherung des staatlichen Gewaltmonopols durch private Institutionen und Interessen.

Private Sicherheits- und Militärunternehmen sind plötzlich in den 1990er-Jahren gefragt.

Privates Sicherheitsunternehmen:

Firma mit dem Ziel Gewinne zu erwirtschaften; bietet Güter oder Dienstleistungen zum Schutz sowie zur Be- und Überwachung von Personen und Objekten an.

Privates Militärunternehmen:

Firma mit dem Ziel Gewinne zu erwirtschaften; bietet militärische Leistungen im Bereich der Beratung, Logistik und Kampfführung an.

Die Wahrnehmung staatlicher Sicherheitsaufgaben steht durch den Einbezug privater Unternehmen in einem Spannungsverhältnis zu den Kernfunktionen des Staates bzw. zum staatlichen Gewaltmonopol.

In der Schweiz ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit Sache der Kantone (Polizei), während der Bund (Armee) für die äussere Sicherheit zuständig ist. Zum harten Kern der Staatsaufgaben zählt die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Der Umfang und die Grenzen der staatlichen Sicherheitsaufgaben sind ein permanenter Diskussionsgegenstand in demokratischen Gesellschaften.

Schwache staatliche Strukturen, die keine zentrale Ordnungsmacht besitzen, lassen die Sicherheit zur Privatangelegenheit werden, was zur Zunahme privater Sicherheitsfirmen führt. Ihre Angebote richten sich an ausländische Regierungen, private Konzerne und Nichtregierungsorganisationen.

In Krisenregionen stellen sich mit der Intervention von privaten Sicherheits- und Militärfirmen besondere Probleme, z.B.:

- Fehlende Transparenz und Kontrolle des Unternehmens und der Angestellten
- Private Unternehmen haben gegenüber der Öffentlichkeit keine Informationspflicht
- Verträge mit privaten Unterneh-

men unter einer bestimmten Betragslimite brauchen dem Parlament nicht vorgelegt bzw. zur Kenntnis gebracht zu werden

- Politischer Preis für einen Feldzug kann niedriger gehalten werden
- Keine Gefallenenstatistik vorhanden
- Keine Rekrutierungsstandards
- Meist Temporärbeschäftigte auf Vertragsbasis
- Zusammengewürfeltes Personal aus verschiedenen Nationen
- Unterliegen weder der militärischen Befehlsgewalt noch der Militärjustiz
- Keine internationalen völkerrechtlichen Normen vorhanden, die wenigen nationalen Regelungen sind ungenügend.

Die Aktivitäten privater Sicherheits- und Militärunternehmen sind im Völkerrecht nicht ausdrücklich geregelt, eine spezielle Norm gibt es nur in Bezug auf das Söldnerwesen. Das Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I bzw. ZP I) enthält in Artikel 47 eine Bestimmung über die Söldner. Das ZP I bestimmt, dass ein Söldner keinen Anspruch auf den Status eines Kombattanten oder eines Kriegsgefangenen hat. Als Söldner gilt wer im Inland oder im Ausland zu dem besonderen Zweck angeworben ist, in einem bewaffneten Konflikt zu kämpfen (sowie weitere restriktive Bestimmungen). Von den Angestellten privater Sicherheitsunternehmen, die militärische Funktionen ausüben, wird nur ein kleiner Teil als Söldner bezeichnet werden können. Privatsoldaten agieren in einer rechtlichen Grauzone; sie sind weder Soldaten noch Zivilisten. Eine Anklage oder Verurteilung eines Privatsoldaten wegen begangener Verbrechen ist unwahrscheinlich, da er wie andere Zivilisten der Landesgerichtsbarkeit unterliegt.

Im Folterskandal von Abu Ghraib im Irak wurden beteiligte US-Soldaten vor Militärgericht gestellt und verurteilt, beteiligte Übersetzer und Verhörspezialisten privater Militärfirmen wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Der Grund ist in der Regel das Fehlen von funktionierenden

Gerichten in den Einsatzgebieten der Militärfirmen.

Das Völkergewohnheitsrecht verbietet das Söldnerwesen nicht; es enthält auch keine eigenen nur das Söldnerwesen einschränkende Normen. An internen oder internationalen bewaffneten Konflikten aktiv teilnehmende Individuen müssen bestimmte Mindestregeln der Kriegsführung beachten. Staaten haben dafür zu sorgen, dass alle staatlichen Akteure die Regeln des Humanitären Völkerrechts einhalten. Ein Entzug der Staaten von ihren humanitär-völkerrechtlichen Verpflichtungen durch die Auslagerung bestimmter Aufgaben an private Unternehmen ist nicht statthaft. Private Sicherheitsfirmen haben das Humanitäre Völkerrecht zu respektieren.

Zukunft

Auf internationaler Ebene müsste die staatliche Kontrolle von Sicherheits- und Militärfirmen verbessert werden, z.B. durch Gesetze zur Marktregulierung. Mit der neuen Konfiguration der Streitkräfte in westlichen Staaten wird die Privatisierung militärischer Aufgaben noch zunehmen, in den USA ist diese Tendenz bereits weit fortgeschritten. Der knappen Mittel wegen, wächst die Verlockung auf Private zurückzugreifen.

Es sollten folgende Massnahmen, gemäss Vorschlag Bundesrat, für die Schweiz ergriffen werden:

- Beachtung der von der Bundesverfassung gesetzten Schranken, bei Delegation von Sicherheitsaufgaben an private Unternehmen
- Harmonisierung der kantonalen Rechtsordnungen
- Festlegung von Mindestvoraussetzungen für vom Bund beauftragte private Sicherheitsunternehmen
- Unterstellung von Anbietern im Militär- oder Sicherheitsbereich, die in ausländischen Krisen- und Konfliktgebieten tätig sind, unter eine Bewilligungspflicht oder ein Lizenzsystem
- Dialog betreffend die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten und anderer Akteure sowie Studien zu Regulierungsmodellen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene.

Die öffentliche Sicherheit darf nicht zum Spielball profitorientierter Firmen werden.

Privatisierung der Sicherheit

Die Tätigkeit zahlreicher privater Militär- und Sicherheitsfirmen im Irak macht die Probleme und notwendigen Regulierungen dieser boomenden Branche deutlich.

Das zweitgrösste Kontingent an Koalitionstruppen wird im Irak nicht von den Briten, sondern von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen gestellt. Schätzungen des Pentagon belaufen sich auf mindestens 20 000 Sicherheitsdienstleister, möglicherweise sind es jedoch mehr. Ein Teil dieser Sicherheitsdienstleister besteht aus Amerikanern, Briten und anderen Angehörigen der Industrienationen. Es handelt sich zumeist um Angehörige ehemaliger Spezialeinheiten, die während eines Dreimonatsaufenthalts im Irak um die 75 000 Dollar verdienen, während Sicherheitsdienstleister aus anderen Ländern wesentlich weniger erhalten. Seit dem Ende des Krieges sind mindestens 400 von ihnen bei Bombenanschlägen, Feuerüberfällen und Unfällen ums Leben gekommen.

Quelle: Christian Genz, «Telepolis»/Internet



Hochkonjunktur für Karikaturisten: Aus «Der Bund», «Neue Luzerner Zeitung» und «Aargauer Zeitung» vom 4. Oktober.

Nationalrat lehnt geplante Neuausrichtung des Militärs mit 101 zu 73 Stimmen klar ab

3. Oktober 2006: «Rabenschwarzer Tag für Samuel Schmid: Der Entwicklungsschritt 2008/2011 ist im Nationalrat regelrecht abgeschafft. Der Verteidigungsminister hat die Quittung dafür erhalten, dass es ihm nie gelungen ist, dem Parlament die Notwendigkeit des Armeebaus schlüssig darzulegen», schreibt Christoph Brunner in der «Aargauer Zeitung».

VON MEINRAD A. SCHULER

Jürg Auf der Maur verlangt im Kommentar in der «Neuen Luzerner Zeitung» den «Volkswillen zu respektieren» und beim Dilemma, in dem unser Verteidigungsminister Samuel Schmid mit der Armee stecke, ist das Dumme daran, dass diese Pattsituation niemandem etwas bringe. «Es sind Schaukämpfe für die Galerie, die darüber hinaus den Volkswillen missachten. Der Souverän hat der Armee XXI zugestimmt, und gemäss Umfrage ist die Akzeptanz der Armee so hoch wie nie. Genau das droht verspielt zu werden.»

Kein dringender Handlungsbedarf

In die gleiche Kerbe haut Niklaus Ramseyer in der «Basler Zeitung». Bundesrat Schmid's parlamentarisches Fiasko mit seiner «Armee 2008/2011» komme nicht unerwar-

tet: Offiziersorganisationen, Strategiefachleute und Wirtschaftsverbände hatten sein Projekt längst kritisiert. Die widersprüchliche Fehlplanung sei so offensichtlich geworden, dass nicht nur die SVP, sondern auch Teile des Freisinns auf Distanz gehen. «Die Armeeführung behauptet etwa, mechanisierte Truppen dienen der Landesverteidigung. Verteidigung sollen diese Truppen aber nicht in unserem Land üben, sondern im Ausland. Das «Aufwuchskonzept», das mit zehn Jahren Vorwarnzeit rund 40 Milliarden Franken Kosten rechnet, ist auch untauglich: Es würde die Schweiz mittelfristig in ein Bündnis zwingen. Und die Rumpfarmee 2008/2011 soll weiterhin vier Milliarden jährlich kosten.» Kurz: Diese Armee sei voll an den Bedürfnissen des Landes und seiner Bevölkerung vorbeigeplant. «Mehrheitsfähig wäre sie nie», schreibt Niklaus Ramseyer und mutmasst: «Schmid wollte sie denn auch über eine Verordnung am Volk vorbeismuggeln. Auch dagegen richtete sich das Nein des Nationalrates. Und gegen die unnötige Reformerei: Es besteht gar kein dringender Handlungsbedarf über die Armee XXI hinaus. Diese gilt es nun solide umzusetzen. Für die missratene Armee 2008/2011 hingegen ist nur eines angesagt: Übungsabbruch», fordert der Basler Kolumnist.

Wie weiter nach dem Nein zur Armeereform?

Während der «SonntagsBlick» die Bilanz von Bundesrat Schmid («pro-

duziert eine Pleite nach der anderen») als saumässig betitelt, schlagen Christian Dorer und Beat Jost vor, «nach der jüngsten Schlappe mit der Armeereform bleibt ihm nur noch eines: Ausharren! Bis zum Departementswechsel in einem Jahr.»

Stefan Schmid in «Der Bund» vermutet, dass der Verteidigungsminister nach der Ohrfeige im Nationalrat nun im Dezember auf den Ständerat setzt. Doch dort sei die Bereit-

schaft, das Projekt unverändert durchzuwinken und auf ein späteres Einlenken des Nationalrats zu hoffen, nicht sehr ausgeprägt. Dazu CVP-Fraktionschef Urs Schwaller: «So kann es nicht mehr weitergehen» und FDP-Ständerat Hans Altherr: «Der Ständerat beginnt wieder bei null, als wäre er der Erstrat.» Fazit: Ein fast unüberwindliches politisches Gerangel auch in der kommenden Dezembersession? Auf alle Fälle besteht wenig Vertrauen in das VBS.



Michele Moor nimmt kein Blatt vor den Mund

-r. Was sich schon vor der Verhandlung im Nationalrat abzeichnete und ARMEE-LOGISTIK verschiedentlich berichtete: Für die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) kommt der Entscheid nicht überraschend. Es fehle im Parlament zurzeit eine gefestigte Mehrheit für eine tragfähige Sicherheitspolitik, auf deren Grundlage eine für die Armee überzeugende Marschrichtung eingeschlagen werden könne. Es müsse ein Weg aus dieser sicherheitspolitischen Pattsituation gefunden werden. Sonst seien weitere Scherbenhaufen zum Schaden der Armee und ihrer Angehörigen vorprogrammiert. Und in einem Interview mit der «Luzerner Neuen Zeitung» («Diese Führungsfehler ärgern mich») doppelt am Samstag 14. Oktober der Präsident der SOG, Michele Moor, nach und übt heftige Kritik an Bundesrat Samuel Schmid: «In jedem anderen Land müsste ein Verteidigungsminister, der das Rüstungsbudget und Reformen nicht mehr durchs Parlament bringt, wohl zurücktreten.» Moor begrüsst den Parlamentsentscheid, da er Zeit gebe «für eine dringend benötigte Denkspause». Unzufrieden ist der SOG-Präsident auch mit FDP und CVP. Während die Sicherheitspolitiker von SP und SVP ihre Positionen sehr gut vertreten würden, «debattieren FDP- und CVP-Parlamentarier ohne Begeisterung».

Armee und Wirtschaft

Auf und ab bei Ruag Aerospace

Airbus-Krise reicht bis nach Emmen

-r. Die Krise beim Bau des grössten zivilen Flugzeugs der Welt, Airbus A380» zieht Kreise bis nach Emmen. So hat die Ruag Aerospace im März einen 30-Millionen-Franken-Auftrag erhalten. Es geht dabei um Beplankungen am Übergang vom Flugzeugrumpf zum Flügel. «Wegen der Probleme beim Airbus A380 gibt es bei uns eine Lieferplanänderung», sagte Andreas Biel, Sprecher der Ruag Aerospace, gegenüber der «Neuen Luzerner Zeitung». Die Emmer Flugzeugbauer werden also später als vereinbart liefern. Wie gross die Änderungen ausfallen, wisse man aber noch nicht. Das Unternehmen in der Luzerner Vorortsgemeinde produziert auch für andere Flugzeuge von Airbus. Diese Aufträge seien von der Krise beim A380 nicht betroffen, ergänzte Biel. Im Geschäftsjahr 2005 summierten sich die Lieferungen an Airbus auf 60 Millionen Franken, was zwölf Prozent des Umsatzes von Ruag Aerospace entspricht.

... aber neuer Auftrag für Terrorabwehr

Ruag Aerospace will nun auch Geschäftsflugzeuge gegen Angriffe durch Lenk Waffen schützen. Sie hat deshalb eine Zusammenarbeit mit der EADS Deutschland GmbH vereinbart. Die Angst vor Terroranschlägen sinnt auch fliegende Geschäftsleute um und schafft einen neuen Markt.

Bisher ist das System schon beim Militär im Einsatz. «Wir haben es entwickelt und bereits an mehrere Luftwaffen verkauft», sagt Andreas Biel gegenüber der «Neuen Luzerner Zeitung».

Die Schweizer Luftwaffe rüstet ihre Helikopter Cougar und Superpumas damit aus. Produziert wird das System in Interlaken und Emmen.

Preis für Pilatus-Flugzeugwerke

STANS. – n/z/-r. Die Pilatus Flugzeugwerke AG ist Träger des Aerosuisse Aviation Award 2006. Die Preisverleihung bildete am 28. September das feierliche Finale des Luftfahrtforums in Luzern. «Seit vielen Jahren behauptet sich Pilatus in einem sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld», lobte Aerosuisse-Präsident Paul Kurrus. Der Dachverband der Luftfahrt ehrt mit dem erst zum zweiten Mal verliehenen Preis Unternehmen, die sich um den Luftfahrtstandort Schweiz verdient gemacht haben. Die Pilatus habe es mit Innovationen und überzeugenden Produkten geschafft, eine weltweite Spitzenstellung zu erlangen – und dies ohne Subventionen, wie Kurrus betonte.

Oscar Schwenk, langjähriger CEO und heutiger Verwaltungsratspräsident des Stanser Flugzeugherstellers, nahm den Preis im Namen aller «unruhigen und hellwachen Pilatus-Mitarbeiter» entgegen, die «immer für den Erfolg des Unternehmens gekämpft haben». Der grösste Arbeitgeber Nidwaldens beschäftigt rund 1200 Mitarbeiter.

Erst die Soldaten – jetzt die Hotelgäste

ZÜRICH. – TA/-r. Die Kantinenfirma SV Group ist auf Suche nach Wachstum. In der Schweiz ist das Unternehmen, dessen Anfänge auf die Verpflegung von Soldaten zurückgehen, Marktführerin in der Gemeinschaftsgastronomie. Immer noch stammen neun von zehn Franken aus dem Kantinenkerngeschäft, obwohl die Armee in den letzten Jahren die Kantinen sukzessive in eigenständige Verpflegungszentren «umwandelte». Dies wird auch ein Grund sein, dass die SV Group ausserhalb des Kerngeschäfts wachsen will.

Somit stark forciert hat die Gruppe beispielsweise das Catering für Grossanlässe oder Feste. Und ab Anfang September betreibt der Konzern beim Bahnhof Oerlikon auch das schweizweit erste Vierstern-Courtyard-Hotel; also von den Soldaten zu den Hotelgästen.

Wirtschaftsverbände machen mobil

-r. Der Industrieverband Swissmem fordert das Parlament auf, den Entwicklungsschritt 2008/2011 der Armee zurückzuweisen. Ultimativ fordert insbesondere der Verband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM), die Umbaupläne zur Überarbeitung zurück an den Absender zu schicken. Die Priorität sei auf die Umsetzung der Armee XXI zu setzen. Auch Economiesuisse sei «skeptisch gegenüber der neuen Umbauplänen der Armee», wie Geschäftsleitungsmitglied Thomas Pletscher sagte.

Hans-Ulrich Bigler, Direktor von Swissmem, begründet die aktive Einmischung seines Verbandes in die armeepolitische Debatte damit, dass die innere und äussere Sicherheit zentraler Standortfaktor für die Wirtschaft sei. Die MEM-Industrie, die immerhin 10 Prozent aller Erwerbstätigen in der Schweiz beschäftigt, sei zwar durchaus bereit, die Ausfälle durch die Absenzen von Armeeangehörigen «im Sinne einer Versicherungsprämie» zu tragen, sagt Bigler. Allein den so geleisteten Beitrag der MEM-Branchen beziffert er auf schätzungsweise 170 Millionen Franken jährlich. Allerdings sei aufgrund

des geplanten Entwicklungsschritts «eine abnehmende Bereitschaft zu befürchten, diese Kosten im heutigen vollen Ausmass zu tragen», wie es im Positionspapier von Swissmem heisst.

Bigler, der zugleich Vizepräsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft ist, betont gegenüber der «NZZ am Sonntag», dass er nicht im Alleingang kämpft: «Den Beschluss dazu hat der Vorstandsausschuss einstimmig gefasst.»

Im Weitern verweisen wir auf den Spezialbeitrag auf Seite 5 in dieser Ausgabe!

Flims: 400 Mann im Einsatz

Im Auftrag des Parlaments waren das verstärkte Hauptquartier Bataillon 25 (HQ Bat 25+) und der Stab Einsatzunterstützung der Landesregierung (Ei Ustü LR) sowie Teile der Luftwaffe an der Session der eidgenössischen Räte in Flims mit insgesamt rund 400 Mann im Einsatz. Die Tätigkeiten der Armee waren vielfältig und anspruchsvoll. Der Armeeeinsatz wurde von allen beteiligten Seiten positiv wahrgenommen und gelobt.

HR.M. Der Aufgabenbereich umfasste Personen- und Gepäckkontrollen, Objektbewachungen und -überwachungen, den Betrieb eines Funknetzes und die Bereitstellung von Videokonferenzen, Transport- und Kurierdienste sowie auch den Betrieb eines Sanitätszimmers im Park Hotel Waldhaus. Neun Lastwagen Büromaterial wurden für die Bundeskanzlei nach Flims transportiert. Zudem: Fahrer vom HQ Bat 25+ waren zu allen Tages- und Nachtzeiten mit Kleinbussen und/oder Cars auf verschiedenen Strecken unterwegs. Sie waren Zubringer im Raum Bern zum Flughafen Belpmoos, sie übernahmen Transporte innerhalb Flims und fuhren regelmässig die Strecke Bern-Flims und zurück. Aufgrund ausserordentlich vieler Transportbegehren wurde die Dispositionszentrale stark gefordert. In ihrer Tätigkeit wurden sie zudem von vier Profi-Repräsentationsfahrern mit Limousinen unterstützt.

positiv wahrgenommen

Der Auftritt der Schweizer Armee in Flims wurde von allen Seiten positiv wahrgenommen und gelobt. «Politiker aller Couleur haben sich positiv zum Einsatz der Armee geäussert», erklärte Oberst Hansruedi Maurer, Chef des Stabes Ei Ustü LR.

Weltmarktführer portabler Wasserreinigungssysteme

WALLISELEN (ZH). – r./SZ. Adrian Schmassmann, Präsident des Verwaltungsrates und Hauptaktionär der Katadyn Produkte AG, beschäftigt 85 Personen und macht einen Umsatz von 21,5 Millionen Euro.

Katadyn ist der weltweit führende Hersteller mobiler Trinkwasseraufbereitungstechnik und gehört zu den 60 am effizientesten arbeitenden Schweizer Firmen. Mit seinen Produkten für Wasserfiltration, -desinfektion, -konservierung und -entsalzung, auf die Trekking-Fans genauso schwören wie das Militär oder technische und medizinische Hilfsorganisationen, hat Katadyn eine schnell wachsende Nische besetzt und fühlt sich darin pudelwohl.

Und noch etwas Wissenswertes: Bergsteigende Gourmets müssen nicht mehr auf ein Glas Rotwein auf dem Berggipfel verzichten. Katadyn hat im vergangenen Jahr den ersten Rotwein in Pulverform und verpackt im praktischen Portionsbeutel auf den Markt gebracht. In der Outdoor-Szene wird der Rote, Alkoholgehalt 9,27 Prozent, inzwischen als Gipfelwein gehandelt.



Bei tragbaren Geräten zur Wasserreinigung hat Katadyn einen Marktanteil von über 50 Prozent.

Quelle: «Süddeutsche Zeitung»